

# Neue Presse

### Selbstbestimmung — Entsehr.

Ex. Kath. 9. 12. Ich bin gekommen, die Kinder zur Ruhe zu rufen.

Gerade in diesen Tagen haben wir gleichzeitig gelesen vom dritten Attentat auf Mussolini, vom Eisenbahnattentat bei Seierbe und anderen schmerzlichen Dingen. So verdrängen die Taten, einem sind sie alle gleich, sie zeigen uns, wie die Meinung vor dem Menschenleben geschwunden ist. Und jedes Menschenleben ist doch von Gott gewollt. Freche Zerstörung des Lebens ist Eingriff in Gottes Willen und fordert Vengeance. Aber ist die Tat nun gefährt mit der Strafe an den Tätern? Und ist's genug, wenn wir uns entrufen? Ich denke, solche Vergänge sollten auch uns allen ein Anstoß zur Selbstbestimmung sein, ob wir nicht auch mit Schuld tragen, wenn so etwas geschieht. Wie — wozu? Ja, wir, Weibchen wir uns; ob die einen vorziehen würden so leicht zu ihrer Tat geangene wären, wenn sie nicht immer wieder überall die beschimpften Urteile, die Aufstellungen zur Gewalttat gehört hätten, die wir ja alle fast täglich in den letzten Jahren auch vernommen haben und durch die jede Meinung vor dem Leben der anderen befristet werden mußte? Und ob die Märder von Seierbe ihre Tat getan hätten, wenn ihnen nicht immer wieder ins Herz gedrungen wäre: jeder ist sich selbst der Richter — sich zu, wo du bist? Ich weiß nicht die anderen an? Wer von uns hat nicht, selbst im Familienkreis vor Kinderbrüdern, solche Gedanken bemerkt oder unbedacht ausgesprochen? Und wer hat nicht durch solche Urteile über andere Menschen Attentate auf deren Ehre, die in a. u. f. auf ihre Wesen und Leben gemacht? Was aus solchen Zusammenhängen in den jungen Jahren erwacht, das wissen wir nicht. Das aber wissen wir alle: wir haben Gift gefast und darum sind wir alle schuldig. Wir stehen vor dem A. u. f. a. g., vor dem Zotenst. Beide mahnen uns zur Selbstbestimmung und zur Ruhe. Raft uns einen Satz mitnehmen: Heilig ist das Leben! Das Leben der anderen, dein eigenes Leben, dem alles Leben ist von Gott. Ruhe tun, heilig umfassen. Raft uns umfassen: nicht Leben schädigen, sondern Leben fördern! P. S. V.

### Welkaustellung 1930?

In den letzten Wochen hat ein Plan viel von sich reden machen, der die Abhaltung einer Gewerbaustellung in einer großen deutschen Stadt zum Gegenstand hat. Der Deutsche Werkbund, in welchem eine Anzahl deutscher Qualitätsindustrien zusammengeschlossen ist, hat sich an eine Anzahl deutscher Städte gewandt (insbesondere an Berlin, Köln und Düsseldorf) und angeregt, im Jahre 1930 eine internationale Ausstellung abzuhalten, die in erster Linie dem Zweckem, der Wirtschaft, dem Kunstgewerbe und einer weiteren Reihe von Qualitätsindustrien gewidmet sein soll. Der Oberbürgermeister von Berlin hat den Gedanken eifrig aufgegriffen und sich bemüht, vor einer eingehenden Beratung der wichtigen Frage mit den Spitzenvertretern der Wirtschaft für die Reichsregierung die Durchführung der Idee zu sichern. Das zuständige Ministerium, das Reichsministerium des Innern — hat den Gedanken einer großen Gewerbaustellung auf deutschem Boden grundsätzlich gebilligt, aber die Entscheidung über Zeit und Ort der Ausstellung zurückgestellt. Wenn auch Berlin als Ort

der geplanten Ausstellung in erster Linie in Betracht kommt, so wäre es doch vernünftig und gerecht gewesen, diese Sonderfrage auf einer gemeinsamen Sitzung aller in Betracht kommenden Städte zu besprechen, zumal auch andere deutsche Städte — z. B. Düsseldorf, Köln, Leipzig und Frankfurt a. M. — mit geeigneten baulichen Anlagen und mit einem lauffähigen Sinterland aufwarten können. Schließlich richtet sich nicht nur nach der Absicht, eine internationale Ausstellung zu veranstalten, also eine Gewerbaustellung, an der auch das Ausland als Aussteller mitwirken wird. Große Ausstellungen pflegen, wie erst jüngst das Beispiel der 12. Weltausstellung in Brüssel gezeigt hat, nicht nur feine Leberhöhlen, sondern fühlenden Kreisen der deutschen Wirtschaft der Meinung, daß wir uns mit einer nationalen Ausstellung begnügen sollten, die ausschließlich für das deutsche Qualitätsgewerbe wirkt. Auch über den Termin Ausstellung haben sich Meinungsverschiedenheiten herausgestellt. Doch die Ausstellung in den nächsten Jahren, solange die noch immer herrschende Wirtschaftslage nicht ganz überwunden ist, eine Unmöglichkeit ist, wird von niemandem bezweifelt. Ob aber wirklich der Jahr 1930 der geeignete Zeitpunkt ist, ob nicht vielmehr schon das Jahr 1928 oder erst das Jahr 1931 besser geeignet ist, kann niemand heute sagen; darum erscheint die Festlegung der Ausstellung auf das Jahr 1930 als eine unangebrachte Unflexibilität, die lediglich darauf zurückzuführen ist, daß der Berliner Oberbürgermeister zunächst seiner Stadt eine vollständige Aufgabe schaffen wollte. Dem Reichsministerium als derjenigen Stelle, die dem Reichstag die nicht unerheblichen Zuschüsse für die Ausstellung in einem Geleitz vorzulegen hat, fällt die Aufgabe zu, die gefassten Entschlüsse an dem Ausschuss der Industrie- und Handelskammern und einem gemeinsamen Beirat über Ort, Zeit und Charakter der Ausstellung zu bringen. Sankt würden wir das unerquickliche Schauspiel erleben, daß sich die Stadtgemeinden, die wirtschaftlichen Verbände und die großen Berufsgemeinschaften um die Durchführung eines Projektes janzten, das nur bei freudiger Zusammenarbeit aller dieser Stellen gelingen kann.

### Das Planetarium.

Das erste Planetarium wurde mit Recht das „Wunder von Jena“ genannt, wurde es doch nach einer Idee des genialen Dr. Bausfeld konstruiert und in den ersten Ausgittern 1924 zum erstenmal auf dem Dach der Zeiss-Werke in Jena einem hervorragenden Publikum vorgeführt. Jenseitigen hat Jena einen sehr schönen Zweckbau für das Planetarium erhalten und ebenso werden in verschiedenen anderen deutschen Großstädten Planetarien errichtet bzw. sind bereits ihrer Vollendung übergeben worden, so u. a. in Wachen, Wachen, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, Nürnberg und Stuttgart. Auch das Berliner Planetarium, dessen gewaltige Kuppel einen Durchmesser von 24,84 Meter besitzt, wird demnächst den wissbegierigen Massen zugänglich gemacht werden. Das Planetarium, das uns in seiner unendlich feinen technischen Durchführung mit den den meisten Vorken geheimermaßen wachen Vorzügen im Himmelsgewölbe bekanntmachen soll, erfüllt einen hohen ethischen Wert und dürfte darum nicht

zum wenigsten aus unerker Jugend als hervorragendes Lehrmittel dienen. Der genial erbaute Reaktionsapparat,



Das Berliner Planetarium ist jetzt fertiggestellt und soll im November eröffnet werden.

durch den dank einer größeren Anzahl feiner Projektionslinsen und einer bis ins feinste arbeitenden Mechanik die zahllosen Himmelskörper auf die Projektionsstapel geworfen und in ihrer Stellung zur Erde und zueinander im Laufe der Jahre, der Jahrzehnte, ja der Jahrhunderte beweglich vorgeführt werden, ist ein Wunder für sich, dessen Bedeutung doch nur dem Schöpfer oder Ingenieur klar sein dürfte. Wir selbst müssen uns mit dem Effekt dieser harmonischen Projektion begnügen und können nicht den Apparat bewundern, der in etwa 50 Minuten den Ablauf unendlich komplizierter Veränderungen am fernen Himmel zeigt. Wir sehen dort dieser feineren Einrichtung am künstlichen Himmel des Planetariums den Ablauf eines Tages und einer Nacht anfangt wie in der Natur in 24 Stunden, in einer uns schon aus dem Film der bekannten „gerafften“ Bewegung innerhalb von 50 Minuten. In dieser kurzen Zeit beobachten wir Anfang, Wabel und Untergang der Gestirne, schauen die heimliche Bewegung der Sonne und des Mondes und der Wandelsterne und können sogar, nachdem wir unser Auge nach einiger Zeit für ganz schwache Lichtreize empfindlich gemacht haben, die in der Natur als Sterne leuchtend bezeichneten Himmelskörper betrachten. So laufen Jahre an uns vorbei. Wir schauen selbst über Nordens von Jähren sich erstreckende Wandelungen der Planeten zur Sonne und zueinander; nicht weniger als 5400 Sterne in der ihnen charakteristischen verschiedenartigen Lichtstärke strahlen über uns. Die bekannten Sternbilder sind leicht zu erkennen und zu verfolgen, und dank Schöppers feiner Bildreize schauen wir selbst noch 17 mit bloßer Augen am wirtlichen Himmelsbild nicht mehr sichtbare ferne Welten, Sternenhaufen und Nebelwolke. Es ist zu wünschen, daß dieses wunderbare Instrument in noch recht vielen Städten des Reiches bekannt wird, denn schon der große Philosoph Kant sagte, daß es nichts Höheres und edleres gibt, als das unergängliche Sternenzelt über uns zu bewundern, und vor allem unsere Jugend sollte sich viel mehr mit dem großen Weltentdecker draben beschäftigen, um sich aus dem Materialismus unserer gegenwärtigen Zeit in Stunden der Besinnung zu erheben.

### Die Liebe des Geigerkönigs Radanyi

ROMAN VON J. SCHNEIDER-FOERSTL  
HERBERE ERHSCHÜTZT DURCH VERLAG Oskar MEISTER, WERDA

(20. Fortsetzung.) (Manuskript vorlesen.)

„Möglich!“ sagte Haller mit aller Ruhe. „Aber sehr wahrscheinlich nicht. Denn heute morgen, während ich nicht zu Hause war, war sie da und hat den Stefan gefragt, wann du kommst und den Strauß von Hosen für dich zum Wilttomngau dagoßten. — er steht in deinem Zimmer.“

„Meister! — Meister! — Meister!“

„Um Gotteswillen, erdrück mich nicht!“ Haller wandte sich mit einem Schmerzenslaut unter Radanyis Unarmung. „Erf fähst du im Erpreß von Stockholm nach Wien, dann willst du aus lauter gekränkter Gütigkeit nicht hingehen weil ein kleines Mädchen nicht nach Serenifimus gefragt hat, und nun machen ein paar Hosen dich überflüssig. — Solche Sachen soll du nicht einmal geliefert, als zu reich aus der Büchse kam!“

„Eliemer strahlte. „Wann wollen wir nach der Herrenstraße fahren?“

„Etwas vor acht Uhr!“

„Ich habe lo ein formliches Gefühl!“ gestand Radanyi. „Ich ließe am besten launig meine Füße mich trigen!“

„So lauf doch!“ rief Haller vergnügt.

Über Eliemer blieb.

Als ihr Wagen vor dem Palais Warren hielt, strahlte bereits heller Glanz aus der Halle und den hohen Fenstern des ersten Stockwerkes. Auto und Equipagen kamen angefahren. Unter kostbaren Pelzen und Abendmänteln flirrte und kausfte Nilas und weiche, glimmglame Seide. Biel im Weißblü die Hülle, leuchteten garnierte Raden und Schaltern von bauchbäumem Spitzgeriesel zum vordere. Namen schwirren, begehrende und bewundernde Blicke glitten den Frauengestalten nach, die da wie Offen über die Treppe aufwärts hufschten. Kaum eine Uniform, die von dem Schwarz der Grade der Herrensollt anfiel. Es war nicht mehr das Wien der Kaiserzeit. Nur ein und wenige zeigte sich an dieser oder jener Brust ein Ordens- oder Ehrenzeichen. Aber der Warrens Haus machte trotz allem die Talmgelächtheit der Empörungsmühle halt. Für sie war in der Herrenstraße kein Raum. Mochte die alte Aristokratie und das Edelbürgertum zu Hause auch hungern und mit Apfelschalen als einzige Mahlzeit den Tag beschließen, das Schild der Ehre von allen denen, die heute Ost bei dem Warren waren, hätte rein und unbeschmutzt. So hatten die Radanyis Gefühl war bläß vor Erregung. Er neigte aufgeregt an den dunklen Lederhandschuhen. Wie lange war er nun nicht mehr hier gewesen. Wenn er die Augen schloß, glaubte er trotzdem, er käme eben erst herauf aus der Steppe und stiege mit der kleinen Ede Wi die breite Treppe empor. Solch unwissender Knabe war er damals gewesen, und nun gab es nichts mehr im gesellschaftlichen Leben, das ihm nicht geläufig war.

Semand rief seinen Namen und dann winkte ein kleines, lebendes Tüchlein vom obersten Stiegenabsatz. Er hobte sich die Weg empor und ließ sich von Eise Ballin fassen und von dem Dntel die Hände drücken. Er mußte versprechen, zum Mittag morgen in die Cottage zu kommen und seine Geige mitzubringen. Die Tante ich Eliemers suchenden Blick und konnte nicht entdecken, wonach er fahndete.

„Sieht du eines der kleinen Wienermäddchen?“ forschte sie schelmisch.

Er fühlte, daß er rot wurde, und wandte den Kopf. Zwei Hände hielten ihn an den Schultern fest. „Herzlich willkommen, lieber Radanyi.“

Warren fand bereitwillig vor ihm, mit ein paar weißen Strichen in dem dunklen Vollbart. „Das heiße ich freundschaft, daß Sie gekommen sind. Die Ede Wi war schon in Sorge, Sie kämten etwa nicht eintreffen, oder der Erpreß entgleisen.“

„Ich bin überglücklich, Herr Graf, daß ich hier sein kann!“ Eliemer lachte über Warrens Kopf hinweg durch den Raum. Er konnte nichts finden. Immer waren es wieder andere Gesichter, die an ihm vorübergingen, als das, das er zu sehen begehrte. Neben seinem Dntel tauchte die implante Natur des Herrenreiters Gallern auf, der grüßend beide Hände streckte, als er Radanyi erblickte. Quer nach der rechten Ede, dicht neben einem der Mannvorspieler, welche die schwere Stultatur des Saales trugen, sah er Haller in angeregtem Gespräch mit einer jungen Dame, die ihm den Rücken wandte. Ein flimmernd, blonder Haarnoten lag über ihm im Raden. Weiße Spigen rieselten über den schlanken Körper. Man konnte den Anlaß der Schultern und des Radens nur ahnen, denn eben solche Spigen wieder oer-

wechten jeden indistrenten Blick. Eliemer blickte interessiert nach ihr hinüber. Waren die Töchter des Grafen Hirsberg schon so weit entwickelt? Sie hatten schon als Bardiße dieses wundervolle Obenmaß der Formen gezeigt. Aber er fühlte vergeblich zu erraten, ob sie blond oder braun gewesen waren. Jedenfalls hatten sie schon damals, wie in ihrer Art, eine kristalline Schönheit zu werden versprochen. Es hatte doch keine andere Stadt des Kontinents so viele herrliche Mädchen und Frauen als Wien.

Nun sah er, wie Haller herrlich aufleuchte. Er schien sich außerst gut zu amüsieren. Dann trafen ihre Blicke auf einander. Der Meister schien die Dame auf ihn aufmerksam zu machen, denn sie wandte sich eiflig um.

„Das Blut sprang Radanyi in jähem Schuß zum Herzen, dann in die Wangen, bis tief an die Schläfen fühlte er es freilen.“

„Ewa Maria!“

„Reinade rüchsfloslos gegen alles, was ihm im Wege stand, bahnnte er sich einen Weg hinüber zu ihr. Sie kam ihm einige Schritte entgegen mit einem verflärten Leuchten in den Augen.“

„Eliemer — Herr Radanyi,“ sagte sie verlegen.

Er fühlte ihre die Hände. Sie zitterten, als er sie fest umschloß. Er fühlte, sie mußte nun was Wiebe war. Ihre Wangen schienen in eine einzige, glühende Flut getaucht.

„Ich habe mich so unglücklich auf dich — auf Sie gefreut, Komtesse!“

Sie schob die Lippen übereinander, wie sie es schon als Kind immer getan hatte, was ihrem Gesichte so etwas rührend Stillföses gab.

„Sie sind lo ganz anders geworden!“ — sagte sie und mußte ihn immerfort ansehen. „Das heißt, ich — ich hatte dich anders im Gedächtnis, Eliemer! Ich bring's nicht fertig, Herr Radanyi zu sagen, wie die anderen.“

„Es hängen ihr ein paar schwere Tropfen an den Wangen, die in die Schläfen rinnen.“

„Es tut mir unendlich leid, Ewa Maria, daß ich — daß ich dich enttäuscht habe!“

„Enttäuscht?“ Sie verstand ihn nicht. „Ich kann gar nicht begreifen,“ sie blickte dabei errösend in sein mattweißes Gesicht, „daß ich vor drei Jahren noch auf deinen — auf Ihren Knien lag und — und dich mit tausend Knieberdingen quälte. Sieht würde ich das nicht mehr wagen. Ich bin ganz Ehrfurcht und Bewunderung.“ (Fortsetzung folgt.)



# Zeitung

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen  
„Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 RM.

Schriftleitung: Wilsch, Eauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetalle 15 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Barbverein Ätern.

Nr. 91

Sonnabend, den 13. November 1926.

39. Jahrgang.

## Die öffentliche Hand.

Von volkswirtschaftlicher Seite wird uns gefordert: Die vor kurzen erschienene Denkschrift des Deutschen Städtebundes über die Forderung der kommunalen Finanzen und über den Finanzausgleich hat ein unermesslich hartes Echo gefunden. Vieles ist in diesem Echo allerdings den Vätern jener Denkschrift nicht immer ganz angenehm gefallen. Erst kam die umfangreiche Antwort der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, dann trat der Reichliche Handelsministerium auf den Plan und schließlich haben sieben die Wirtschaftsprüferverbände, zu denen ich noch der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband der Privatversicherung und der Reichsverband des deutschen Handwerks hinzugefügt hatten, nach Berlin zu einer Kundgebung im „Neuen die“ die Besprechung des Privatigentums und gegen die Gefahren und Nachteile der wachsenden gewerblichen Betätigung der öffentlichen Hand“ zu protestieren. Die Frage der öffentlichen Betriebe ist aber gerade ein Punkt in der Denkschrift des Städtebundes, über den mit wenigen Worten hingegangen wird. Hier lesen die Leser ein und der Vorleser der jetzigen Versammlung, der besamte Geheimrat Dr. D. u. S. Berg, stellte unter hartem Beifall fest, daß von dem Fortschritt der öffentlichen Betriebe nicht eine bloße die Geschäftsbereitungen beabsichtigt sind, sondern, daß aus den freieren des industriellen Mittelstandes und des Handwerks über diese „talle Sozialisierung“ befragt werden können.

Die deutsche Wirtschaft bekämpft nicht grundsätzlich jede wirtschaftliche Betätigung von Reich, Ländern und Gemeinden. Erfolgt aber durch derartige Betriebe eine Verjüngung der Allgemeinheit — namentlich dann, wenn der Charakter der Betriebe nicht hinreicht —, so verlangt die Wirtschaft, daß jene Betriebe nun nicht allein geteilt werden dürfen, sondern, daß auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Erwerbslosen. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß andererseits das aufwachsende Entgegenkommen gegenüber diesen Allgemeinheitstendenzen nicht dazu führen darf, die Betriebe der öffentlichen Hand vollständig über verschleiert zu werden. In solchen Fällen — und sie sind überaus zahlreich — will die Privatwirtschaft das Recht behalten, von einer Sozialkonferenz der öffentlichen Betriebe zu reden. Auf der letzteren Versammlung wurde auf die Folgen solcher Verschleierung hingewiesen, die ein festes Zurückgehen der Leistung der Privatwirtschaft herbeiführen müßte. Der Vorleser des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Kleinpremerer Verleu-Händler, erhob weitere Klagen, daß die kommunalen Betriebe und Gewerkschaften, aber auch die Wasserwerke sich nicht damit begnügen, Licht, Gas und Wasser zu liefern, sondern, daß sie weit darüber hinaus dem Inflationsergebnisse, dem Produktentwert der Elektro- und Metallindustrie durch Verschleierung von Apparaten und ihren Betrieb schwere Konkurrenz machen.

Auch das Antizipationen werden protestiert. Denn die kommunalen Betriebe beispielsweise genießen wegen ihres Charakters als öffentliche Betriebe ein besonderes Vertrauen der Arbeitgeber, man hält sie für absolut sicher, für gemütsvoll und sogar mildtätiger, ohne daß man hierfür eigentlich rechtliche Bewandlung hat. Zeit da die Sparkassen und kommunalen Banken von großen Teilen des Bankgeschäftes als Sicherheitsgründen ferngehalten wurden, längst vorbei ist, vielmehr jetzt alle, auch die gefährlichsten Bankgeschäfte unternommen werden können. Die wachsende Bedeutung der öffentlichen Banken bedeutet daher, die in Berlin ausgeführt wurde, nicht bloß eine übermäßige freie Konkurrenz, welche die national kreditpolitisch eher auf das Wohlwollen der Reichsbank beruhen dürfen als Privatbetriebe, die die Vielzahl bedeute auch gerade kreditpolitisch eine große Gefahr. Solchen Klagen schloß sich der Groß- und der Einzelhandel, die Versicherungsgesellschaften, dann aber von einem anderen Gesichtspunkt aus auch der Präsident der Deutschen Bauernvereine, Fischer von Seldene, und zur Veranlassung, daß daraus hervorgeht, daß die vordringende Sozialisierung der Grundbesitz von der Erhaltung des Privatigentums aus an Grund und Boden immer weiter untergraben.

Demzufolge verlangt ein Appell der Versammlung an die Parlamenten die Erhaltung des Privatigentums als unantastbare Grundlage der Wirtschaft. Nicht ein Wettbewerbs, sondern eine Arbeitsteilung müßte es zwischen den Betrieben der öffentlichen und der privaten Hand geben, schon deswegen, weil ja die Privatwirtschaft durch die Steuern und Abgaben in den Fällen des Gemeinwerts beitrage und daher verhalten müßte, daß ihr dieses Gemeinwerts nicht bei der privatwirtschaftlichen Tätigkeit Konkurrenz mache. Die Nationalisierung der Privatbetriebe verlangt des weiteren eine sofortige Rationalisierung auch der öffentlichen Betriebe und die Versammlung erwirkte von den hiesigen Fraktionen der Parlamenten, daß diese Grundbesitz der künftigen Gesetzgebung eine verstärkte Berücksichtigung finden.

### Protest der Wirtschaft.

Der Arbeitsausschuss heimischer Industrie- und Gewerbebetriebe hat folgende Erklärung abgegeben. Der Reichliche Sekretär beobachtet die deutsche Wirtschaft die zunehmende Betätigung der öffentlichen Hand als wirtschaftlicher Unternehmungen. Reich, Länder und Gemeinden betrogen durch die Einbringen in die Privatwirtschaft den an sich unzureichenden Rückstrom des deutschen Volkes, indem sie unter Ausnutzung erheblicher Vorteile, u. a. der Steuerfreiheit, mit den heimischen Betrieben

finanzell überbürdeten Privatbetrieben in eine ungleiche Konkurrenz treten, ohne daß erfahrungsgemäß in ihren öffentlichen Betrieben eine Rentabilität erzielt wird. Unterzwingung der Fundamente einer gesunden Wirtschaft, Schädlung der freien Gewerbetätigkeit, vor allem des gewerblichen Mittelstandes und unmittelbar auch der Angestellten und Arbeiter, sind die unantastlichen Folgen. Es muß daher die Wahrung folgender Grundsätze verlangt werden: 1. Nur soweit eine wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand im öffentlichen Interesse liegt, ist sie zulässig; sie muß sich auf die zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages notwendigen Betriebe beschränken. Die Begründung billiger Beschaffung von Material und Hilfsmitteln durch eigene Organisationen genügt nicht, um die Angliederung von Unternehmungen an öffentliche Betriebe zu rechtfertigen. 2. Die Hoheitsrechte des Staates dürfen nicht zur Stärkung seiner wirtschaftlichen Betätigung verwendet werden. 3. Jede Verjüngung öffentlicher Betriebe, insbesondere auf finanzieller Grundlage, ist unzulässig. Jeder wirtschaftliche Einfluß und jeder Einfluß politischer Parteien auf Leitung und Verwaltung öffentlicher Betriebe ist auszuschließen.

## Hoehfys neuer Besuch bei Briand.

Völkerbund und Militärkontrolle.  
Der deutsche Vorkonferenzen in Paris, v. Hoehf, hatte wiederum eine lange Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen, Briand. In dieser Unterredung wurde die Erörterung der politischen Beziehungen und Frankreich stehenden Probleme weitergeführt, wobei diesmal besonders die Frage der Entwaffnung Deutschlands und die Angelegenheit der Militärkontrolle eingehend besprochen wurden. Die deutsche Regierung ließ hierbei den Wunsch erkennen, daß die noch vor der Vorkonferenz erörterten Fragen vor dem Zusammenritt des Völkerbundes am 6. Dezember geregelt werden sollten.

Über die Frage der Militärkontrolle haben in den letzten Tagen auch Verhandlungen zwischen dem englischen Vorkonferenzen in Paris, v. Hoehf, und dem französischen Minister des Auswärtigen, Briand, stattgefunden. Der englische Vorkonferenzen in Paris, v. Hoehf, hat die Aufgabe der internationalen Kommission in Deutschland beauftragt, die in der Delegation der im Vorkonferenzvertrag festgelegten Bestimmungen durchgeführt habe. Dem Übergang der Militärkontrolle auf den Völkerbund stände nach Auffassung der englischen Regierung nichts mehr im Wege.

General Beld soll Briand erklärt haben, daß die zwischen der Reichsregierung und der internationalen Militärkommission noch bestehenden Streitpunkte nicht so erheblich seien, daß deswegen die Aufhebung der internationalen Militärkommission verzögert werden müßte. Auch er soll damit einverstanden sein, daß ihre Befugnisse demnach auf die Erörterung des Weltbundes übergehen. Wie in unternichteten französischen Kreisen verlautet, wird General Beld demnach nach Berlin reisen, um mit den deutschen Behörden eine erste Rücksprache zu haben. Man erwartet ihn vor dem Beginn der Vorkonferenztagung nach Paris zurück.

## Die Parteiverhandlungen im Reichstag.

Die in den letzten Tagen im Reichstag stattgefundenen Verhandlungen über die künftige Parteipolitik der Ausgewählten haben mit einer Niederlage der Regierungsparteien geendet, da stets die Anträge der in Opposition stehenden Sozialdemokraten angenommen wurden, die hierbei von den Sozialdemokraten, Kommunisten und Linken unterstützt wurden. Diese Anträge gingen weit über das hinaus, was die Regierungsparteien im Einklang mit der Regierung in dieser Frage mit Rücksicht auf die Reichssituationen gewöhnen zu können glaubten. Eine Klärung der politischen Verhältnisse herbeizuführen und die Beratungen der Sozialpolitischen Ausschüsse über die Frage der Ausgewählten ohne Beschränkung weiterführen zu können, hat der Ausschussvorsitzende, Abg. Eiser, mit den sozialdemokratischen Ausschussvertretern Verhandlungen angestrebt, die zu einer Einigung in der weiteren Behandlung der Frage der Parteipolitik geführt haben.

Außerdem hat auch Reichstagsler Marx mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, dem Abg. Müller-Franke, Besprechungen gehabt, die ebenfalls einer Einigung der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten in der Parteipolitik dienten. In parlamentarischen Kreisen wurde Gerücht verbreitet, daß außerdem bei dieser Aussprache die Frage der Großen Koalition eine Rolle gespielt haben soll. Jedoch soll diese Annahme den Tatsachen voranstellen. Bei den beteiligten Parteien soll vorläufig die Ansicht bestehen, daß im gegenwärtigen Augenblick die Bildung einer sogenannten „stillen“ Koalition der Großen Koalition vorzuziehen sei, d. h. also, daß die Regierungsparteien sich von Fall zu Fall mit den Sozialdemokraten in Verbindung setzen, um ein gefährdetes Gesetz durchzuführen.

Die Einbringungsverträge der Mitbestimmten auf die Sozialdemokraten sollen sich auch daraus erklären, daß versucht wird, das geplante Militärwesenstimmengesetz gegen den Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler wegen der Entschuldig über die fahrbare Reichswehr und die Forderung zu verhindern. Die Stellungnahme der Sozialdemokraten zu dieser Frage ist noch nicht geklärt.

## Urteil im Landsberger Zementprozeß.

Stütz und Bau freigegeben.  
Das Gericht fällt im Landsberger Zementprozeß folgendes Urteil: Erich S. L. P. r. o. h. wird wegen Vorkonferenzverstoß gegen Art. 13 Abs. 1 des Grundgesetzes in der letzten Verhandlung im Jahr 1925 verurteilt, die Angeklagten Stütz und Bau freigegeben.  
Der Oberstaatsanwalt hatte im Anschluß an das Vorkonferenz gegen S. L. P. r. o. h. wegen Verstoßes im Jahr 1925 gegen Art. 13 Abs. 1 des Grundgesetzes in der letzten Verhandlung im Jahr 1925 verurteilt, die Angeklagten Stütz und Bau freigegeben. Der Oberstaatsanwalt beantragte, da das Gericht nicht nicht volle Gewißheit über die Schuld des Angeklagten, folgende Zeugen zu laden: Oberstaatsanwalt v. Großmann, Holtz, Grottel, Reich, Reichel, Stein und Altmann, zuletzt im Unteruchungsamt, ferner Reichsanwalt Lehmann in Leipzig, falls er auf seiner Schwereitsklärung einverstanden wird.  
Reichsanwalt Dr. S. h. n. der Verteidiger des Angeklagten S. L. P. r. o. h. wies auf die innere damalige Zeit hin und bemerkte, daß die ganze Zementprozeßsache sich auf die Wahlrechtsänderung beziehe; man müsse der alten Zeit, wenn man die Tat des Angeklagten beurteilen wolle, an die Vorgänge denken, die sich damals abspielten hätten.

Die Zeugen, das heißt, hätten damals die Kommunisten auf jede Weise unterdrückt.  
Es wären damals die Verhältnisse gewesen, als sich die Ereignisse in Ägypten abspielten hätten. Ein Oberstaatsanwalt und ein Oberstaatsanwalt hätten Munitionskolonnen von Ägypten nach Deutschland in Frankreich geschickt. Der Angeklagte habe sich mit dem Kommunismus verbunden habe, der zur Waise habe mitgeschaffen sei und Handlungen begangen habe, die jedem anständig denkenden Soldaten ein Schandmal ins Gesicht gewesen sein müßte. Alles, was S. L. P. r. o. h. gesagt habe, sei erwiesen, nicht eine Unmöglichkeit habe er gesagt. Ein Zeugschlag sei nicht bewogen worden. Die übertrieben geführten Verhandlungen, betonte der Verteidiger, hätten überhaupt nicht vorhanden gewesen. Solche Leute an Neutralität. Zunächst habe nur ein Feldwebel einen anderen geschlagen, der eine gemeine Handlung begangen habe. Der Reichsanwalt beantragte hierauf die Freisprechung des Angeklagten S. L. P. r. o. h.

Julius M. w. o. l. l. e., Vertreter des Angeklagten S. L. P. r. o. h., bemerkte, er wolle in sein Vorkonferenz nicht die Aufnahmefähigkeit zwischen S. L. P. r. o. h. oder Reichswehr und auch nicht die Eintragung des Arbeitskommandos hineinziehen. Er wolle, die Arbeitsaufnahme des Oberstaatsanwalts abzulehnen und seinen Klagen freisprechen. Sollte das Gericht zu einer anderen Ansicht kommen, möge der Fall S. L. P. r. o. h. der Verhandlung abgetrennt und für sich beendet werden.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Steuererhöhung für die Landwirtschaft.  
Im Steuerausschuss des Reichstages teilte die Reichsregierung mit, daß angesichts der schwierigen Lage der Landwirtschaft und der Tatsache, daß alle Vermögenssteuererhöhungen am 15. November noch nicht abgeschlossen sind, eine Steuererhöhung für die Landwirtschaft unter Wegfall jeglicher Vermögenszuschläge oder Vermögenszinsen bis 1. Januar 1927 auf dem Verordnungswege durchgeführt werden soll. Diese Erklärung erfolgte bei der Beratung der Anträge, Steuererhöhungen für die Landwirtschaft, die die Vermögensübermittlungsstellen steuererhöhungen für die Landwirtschaft gebietet der Regierung.



Handlungs über die Punkte die die eine große Rolle, insbesondere zur werden müßte. Seine Ansicht, nicht aber der angeführten, daß das bei a u s d e r in werde, Ansehen der Regierung in einer und für eine gleichmäßig einzu-  
Stad durch die die Stadt in, ist die Stadt in vom unterrichten, höher  
gen, eine große ein Mitglied des der die eine der Mitglieder der sozialistischen Vertretung in Prag wichtige militärische Schriftstücke veranlaßt.  
Das inoffizielle Vergehen in Sibirien.  
Jansrud. Wie der „Ansbacher Neuesten Zeitung“ aus Bogen gemeldet wird, sind der Deutsche Verband, die Deutsche Koltpartei, sowie die Sportvereine in Bogen als aufreißer erklärt worden. Die inoffizielle Staatspolitik bezieht